

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

Antrag der Abgeordneten **Georg Schmid, Thomas Kreuzer, Peter Welnhofer und Fraktion CSU**  
Drs. 15/10700

### zur Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag

#### I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Es wird folgende Nummer 1 eingefügt:

„1. § 35 Satz 4 erhält folgende Fassung:

„Die von der Enquete-Kommission beigezogenen Sachverständigen und sonstigen Personen werden entsprechend den Bestimmungen des Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetzes (JVEG) entschädigt.““

2. Die bisherigen Nummern 1 bis 12 werden die Nummern 2 bis 13

Berichterstatter: **Peter Welnhofer**  
Mitberichterstatter: **Franz Schindler**

#### II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen.  
Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur, der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit, der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, der Ausschuss für Wirt-

schaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport haben den Antrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 87. Sitzung am 26. Juni 2008 beraten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: 9 Zustimmung, 1 Enthaltung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

4. Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden hat den Antrag in seiner 100. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

5. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner 90. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

6. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

B90 GRÜ: kein Votum

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Es wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

„1. § 11 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Worte „Angestellten und Arbeiter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird das Wort „Angestellter“ durch das Wort „Arbeitnehmer“ ersetzt.“
2. Die vom federführenden Ausschuss neu eingefügte Nr. 1 wird Nr. 2.
3. Die bisherigen Nrn. 1 bis 12. des Antrags werden Nrn. 3 bis 14.
7. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 213. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
8. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Antrag in seiner 104. Sitzung am 9. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zugestimmt.
9. Der Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz hat den Antrag in seiner 108. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zugestimmt.
10. Der Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: 7 Zustimmung, 4 Ablehnung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
Ablehnung empfohlen.
11. Der Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport hat den Antrag in seiner 105. Sitzung am 10. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:  
CSU: Zustimmung  
SPD: Ablehnung  
B90 GRÜ: Ablehnung  
der Stellungnahme des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes zugestimmt.